

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

ersch. jeden Sonnabend.
Monatlicher Abonnementspreis 0,70 M.;
bei fester Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 13 Pf. mehr.
Es Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Gleichgewalt)
Berlin N.O. 53, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile.
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Ami Alexander, Nr. 4720.

Nr. 23/24.

Berlin, Sonnabend, 14. Juni 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

20. ordentlicher Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). — Durch Nacht zum Licht. — Allgemeine Standschau. — Antidote der Zeit. — Aus dem Verbands. — Adressenänderungen. — Ereignisse.

20. ordentlicher Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (G.D.).

Dieser Verbandstag zeigt ein wesentlich anderes Gepräge als der vorige. Vor drei Jahren trug noch so mancher Teilnehmer die feldgraue Uniform. Sie ist diesmal verschwunden. Dafür liegt der schwere Druck der wirtschaftlichen Not unseres Volkes auf der Laune. In der Begrüßungsansprache, mit der Kollege Gleichauf als Vorsitzender des Zentralrats pünktlich um 6 Uhr am zweiten Feiertage die Vorversammlung eröffnete, wies er auf den schweren Ernst der Zeit hin, die wir durchleben, auf die Schicksalsstunde, die dem deutschen Volke schlägt. Da gilt es auch für die Gewerkevereine, jürrische Fragen zu klären und den Zusammenhalt zu fördern, damit sie in der Lage sind, dem idauer geprüften Volke die Bahn zu ebnen. Nach Schluß der Ansprache trug die Gewerkevereine-Vorstellung ein mit großem Beifall aufgenommenes Petitionsgesuch vor.

Die Prüfung der Mandate, die alle für gültig erklärt wurden, ergab, daß der Kollege Stephan Heideberg vom Gewerkeverein der Tabakarbeiter noch nicht anwesend ist und der Gewerkeverein der Eisenbahner keinen Abgeordneten entsandt hat. Für den Kollegen Münz-Magdeburg von den Bauarbeitern ist der Kollege Dube-Magdeburg erschienen.

Die vorgelegte Geschäftsordnung wurde mit einer unwesentlichen Änderung angenommen. Zur Vorbereitung der Wahlen der Verbandsbeamten, der Festlegung der Gehälter, Entschädigungen und der Regelung der Verbandsfinanzen wurde eine Kommission gewählt aus den Kollegen Strubelt, Raab, Sturm, Krüger, Reichelt, Köppen und Hög. An ihren Sitzungen wird der Verbandskassierer Klein teilnehmen. Zur Vorbereitung des Programmvorwurfs wurde eine weitere Kommission eingeteilt, bestehend aus den Kollegen Balz, Graf, Cieslik, Barnholt, Schmidt, Gleichauf und Reif.

Zur Tagesordnung, die im übrigen unverändert angenommen wurde, wurde beschloffen, hinter Punkt II noch ein Referat über „Arbeitererräte“ einzuschließen, das Kollege Erkelenz übernommen hat.

Für zwei Originalentscheidungsanträge wurde die Dringlichkeit abgelehnt.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurden als I. Vorsitzender Kollege Gleichauf, als Stellvertreter die Kollegen Graf und Schumacher betraut, zu Schriftführern wurden die Kollegen Martin und Wiegner gewählt. Damit hatte die Vorversammlung ihr Ende erreicht und die Abgeordneten nahmen noch an einer von der Sozialen Kommission veranstalteten Feiertag.

Die Hauptverhandlungen wurden am Dienstag morgen eingeleitet mit folgender Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Gleichauf:

gegangene Revolution, die inneren Unruhen und die Anforderungen unserer Gegner haben einen Zustand geschaffen, der törenst für die Zukunft des deutschen Volkes ist. Große Teile des Reiches sollen uns entziehen werden; das Recht der Deutschen und ihre Interessen sollen in den Feindeshänden vogelfrei sein, eine nicht zu tragende Kriegsschuldung uns auferlegt worden. Das wäre die Vernichtung der deutschen Mittelstände und damit die Vernichtung der deutschen Industrie. Das würde für die deutschen Arbeiter in erster Linie bedeuten: Arbeitslosigkeit, Lohnbrud und Elend in einem Umfang, den man sich heute nur schwer vorstellen kann. Dazu die fortwährende Blockade unserer Feinde, die unsere Ernährungsmittel noch weiter verknappen würde. So besteht, so greifbar nahe liegt diese unheilvolle Zukunft für uns Alle, daß es nur schwer zu verstehen ist, wie noch so viele diesen Dingen gleichgültig gegenüberstehen. Hier muß die Arbeiterorganisation noch in letzter Stunde mit aller Macht einsehen und den Weckruf die ganze Wahrheit vor Augen führen.

Während wir diesen schweren Schicksalsfragen des deutschen Volks entgegengehen, hat die Revolution die größten innerpolitischen Fragen aufgeworfen. Die Arbeitererschaft hat ihre Macht kennen gelernt und drängt nun ungeschüht darauf hin, daß die Fragen der Sozialisierung, der Umstellung der ganzen Wirtschaftsordnung sofort durchgeführt werden. Und das in einem Zeitpunkt, wo das deutsche Volk um sein Leben, um seine Weiterentwicklung ringt. Hierin liegt, harte Stellung zu nehmen, ist die Aufgabe des Verbandstages. Die alte Wirtschaftsform hat sich nicht bewährt, denn sie hat das deutsche Volk in zwei Teile gespalten. Es muß also eine Wirtschaftsform gesucht werden, die allen Teilen des Volkes besser gerecht wird, aber dazu ist Zeit notwendig. Nicht mit Schlagworten, nicht mit Phrasen werden Aufgaben von solcher Tragweite gelöst, dazu bedarf es der ersten Wahrheit der besten der Nation. Aber eines müssen wir verlangen von der Regierung und Volksvertretung: die klare Erkenntnis, daß die alte Wirtschaftsform die Güter ungleichmäßig verteilt und eine bessere Form der Wirtschaft gesucht und gefunden werden muß.

Die Deutschen Gewerkevereine standen stets auf nationalem Boden. Sie haben ununterbrochen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gekämpft, aber sie haben auch immer anerkannt, daß Kapital und Intelligenz im Wirtschaftsprozess genau so notwendige Faktoren sind wie die Arbeitskraft. Daran wollen wir festhalten und unsere Haltung danach einrichten. Unsere Grundgedanken haben sich bewährt, unser Verband hat bis jetzt allen Stürmen getrotzt. Und wenn jetzt da und dort Arbeiter sich verlesen lassen, unter der falschen Flagge „Freiheit“ schlimmsten Laster auszusprechen, dann steht der Verband hinter unseren Kollegen und diese Ausgeburt, die Revolution und das Wort „Freiheit“ gleich schändenden Handlungen müssen der Verachtung aller gerecht denkenden Arbeiter anheimfallen.

Die Gegenwart ist also fürchterlich ernst, unser Verbandstag ist ein Teil jener Kraft, die helfen soll, diese schwere Krisis zu überstehen. Meine Herren Abgeordneten, lassen Sie Ihre Beschlüsse so, daß unser Verband den festen klaren Weg auch ferner beibehält, seinen großen Aufgaben gerecht werden zu können. Aus allen Ecken Deutschlands richten sich heute die Blicke unserer Mitglieder nach Berlin auf den Verbandstag, auch jener Mitglieder ganz besonders, deren Gebiet vom Feinde besetzt ist, oder die Gefahr laufen, vom Reiche losgerissen zu werden. Allen denen und unserem so schwer geprüften Vaterland aber sind wir es schuldig, als erste Handlung des Verbandstages das feste Gelöbnis abzulegen, dem Vaterland treu zu bleiben, erst jetzt in dieser Stunde der größten Gefahr. Wir können den Ernst und die Arbeitskraft des deutschen Volkes, wenn es zusammenhält, wir haben den festen Glauben an die Zukunft dieses Volkes. Je tiefer unser Volk jetzt darnieder gedrückt ist, desto fester ist unser Glaube an unser Volk, das unter demokratischer Freiheit und sozialem Ausbau das freieste Volk unter den Nationen werden wird. Deshalb laßt uns all unser Denken und Empfinden, in diesem schweren Augenblick ausstrahlen in dem Ruf: Unser deutsches Vaterland und mit ihm unser Verband, sie leben hoch. Damit erkläre ich den 20. Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine nunmehr für eröffnet.

Nach dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede begrüßte Kollege Gleichauf die erschienenen Ehrengäste: Prof. Albrecht von

der Zentralstelle für Volkswirtschaft, Prof. Franke von der Gesellschaft für Soziale Reform, Dr. Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium, Geheimrat Schmidt vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Geheimrat Brauchart vom Reichsversicherungsamt, Stadtrat Reimann vom Magistrat der Stadt Berlin, Abg. Reinbaunien als Vertreter der deutschen demokratischen Fraktion der deutschen Nationalparlamentarier, Art. Friedenthal vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, Art. Friedenthal vom Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau, Herrn Sübner, Vertreter des Verbandes Deutscher Handwerksmeister, Herrn Ziegler, den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher und überreicher Friseurgewerbeten, Art. Dr. Gaebel und Herrn Sanitätsterrat Dr. Carl Dirich, den Sohn unseres verstorbenen Anwalts.

Prof. Franke wies in seiner Begrüßungsansprache auf die reze Verbindung zwischen der Gesellschaft für Soziale Reform und dem Verbande der Deutschen Gewerkevereine hin, die in guten und bösen Tagen fest zusammengehalten haben. Sollte man unter gemeinsamen Forderungen früher und mehr Rechnung abtragen, dann stände es jetzt besser um unser deutsches Volk. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Gewerkevereine weiter auf den bewährten Bahnen fortarbeiten und der Gesellschaft für Soziale Reform auch ferner die Treue bewahren mögen. Dr. Tiburtius dankte den Reichsarbeitsminister und hob die erhebliche Notwendigkeit der Betriebsorganisation hervor. Er ging auch auf die Frage der Betriebsräte ein und erwartete von der seitlich an dem Beisehtum eine Förderung der Lösung der Frage. Abgeordneter Reinbaunien dankte für die Entsendung von vier Gewerkevereinsführern in die demokratische Fraktion. Damit sei ein lang gehegter Wunsch der Gewerkevereine erfüllt. Vier Männer tun ihre Schuldigkeit nach jeder Richtung und dürfen sich nicht wieder hinausdrängen lassen. Dazu müssen die Mitglieder der Gewerkevereine selbst das Hebrige tun. Herr Sübner übermittelte die Glückwünsche seines Verbandes und betonte die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Arbeitern und Anestellten. Art. Friedenthal benutzte die Gelegenheit, der Verbandsleitung für ihre eifrige Tätigkeit in der von ihm vertretenen Organisation Dank und Anerkennung auszusprechen. Geheimrat Schmidt brachte das Interesse des preussischen Handelsministers an den Beratungen und den Petitionsbüro unserer Organisation zum Ausdruck.

Das erste große Referat über „Sozialisierung“ hielt anstelle des durch Krankheit leider verhinderten Abg. D. Neumann Herr Universitätsprofessor Günther. Der Vortragende wies u. a. auf den Unterschied zwischen Sozialisierung und Sozialismus hin. Erstere bedeutet einen Aktionsprozess, der etwas schafft, letztere bedeutet eine als Folge des Kapitalismus entstandene Weltanschauung. Nach dem Zusammenbruch des alten Systems, in der jetzigen neuen Wirtschaft hat die Sozialisierung ganz andere Wirkungen als unter der alten Ordnung. Deshalb verhalten sich auch die maßgebenden Theoretiker des Sozialismus heute sehr zurückhaltend. In ihrer Stelle veröffentlichten neue Größen Ideen, nach denen den Arbeitern nach wenigen Jahren ein sorgenloses Rentenleben in Aussicht gestellt wird. Ueber das, was sozialisiert werden soll, geben die Meinungen auseinander. Nicht ergriffen werden kann davon der Kredit, den wohl der Unternehmer, aber nie der Staat im Ausland

hatte. Ferner ist zu bedenken, daß durch die Sozialversicherung für die Betriebe die Möglichkeit erweitert wird, Beschlag auf deutsche Werte zu legen. Damit wurde der deutsche Arbeiter nur in die Abhängigkeit vom ausländischen Kapitalisten geraten. Bisher ist also dringend geboten. Redner tritt dann auf das Schlüsselwort ein, die für die Sozialversicherung "reife" Betriebe müßten sozialisiert werden. An Betracht kommen lediglich die Betriebe, wo gleicher Abzug und gleiche Abgabemenge vorhanden sind und die Unternehmerhaftigkeit mehr in den Hintergrund tritt. An der Reichszahl der Betriebe, die das Maßstab der deutschen Industrie gebildet haben, ist dies nicht der Fall, deshalb die Sozialisierung nicht möglich.

Von Arbeiterräten getrieben, die bei der Frage der Sozialisierung eine große Rolle spielen, holt der Referent ein auf Zeit Heftig nur durchaus bedenklich. Er will in bevorstehenden Tagen mit den hiesigen Arbeiterorganisationen in die hiesigen Betriebe gehen, um die im wesentlichen durch die Betriebsorganisationen gewahrt wird. Die Reichsregierung lehnt die Sozialisierung einzelner Betriebe ab, weil sie auch nicht für die bevorstehende Zeit. Die Organisationen der Arbeiter müssen in der Produktion werden, nicht als reine Aktionäre, sondern durch Beschaffung und Ordnung der Produktionsverhältnisse durch die Sozialisation. Das Entscheidende dabei, daß das Interesse aller Betriebsangehörigen nicht das einzelner Betriebe und ihrer Angehörigen.

Die bisherigen Leistungen der Regierung auf dem Gebiet der Sozialversicherung und zunächst eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der Produktion. Denn für die Sozialversicherung ist die Produktion die Grundlage. Von großer Bedeutung für den weiteren Gang der Entwicklung ist die Entscheidung, die dem Sozialversicherungsplan, den größten Schritt entgegenwärt. Die sonstigen Maßnahmen sind rein sozialpolitischer Art, die sich fast ausschließlich im Rahmen der Produktion der Arbeiterorganisationen bewegen und sich vor dem 9. November hätten erledigt werden können.

Bei Kapitalismus, so etwa (schon) der Vortragende, ist nicht einfach zu bewerkstelligen, indem wegen seiner Kreditnotwendigkeit und erhaltenden Kraft. Er muß aber sozial durchzuführen werden, und zwar in kürzerer Zeit als bisher. Das Sozialversicherungsproblem selbst erhebt sich weit über das wirtschaftliche Niveau hinaus zu einer Frage von historischer und ererbender Bedeutung. Nur dann kann der Sozialismus und die Sozialisierung zu einem entscheidenden Ende führen, wenn die Arbeiter selbst sozialisiert sind.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung behandelte sodann der Verbandsredakteur Lewin, der zuerst die Stellung der Deutschen Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung in einem geschichtlichen Rückblick beleuchtete. Der streng ablehnende Standpunkt gegenüber jeder behördlichen Regelung wurde i. J. 1907 insofern bereits aufgegeben, als man in den sozialpolitischen Verträgen sich für das Weiter Entzweit aussprach. Die späteren Erfahrungen aber haben gezeigt, daß ohne reichsweite Erledigung der Frage nicht auszukommen ist. Die von allen Organisationsrichtungen gewonnene Einigkeit ist in einer gemeinsamen Eingabe an Reichstag und Bundesrat 1918 zum Ausdruck gelangt. Gefordert wurde darin eine obligatorische Arbeitslosenversicherung in engem Anschluß an den Aufbau der Invalidenversicherung. Zur Durchführung sollen die Berufsvereine der Arbeitnehmer mit herangezogen werden. Ihre Selbsthilfeeinrichtungen bleiben erhalten und die von ihnen gezahlten Unterstühtungen dürfen nicht mit angerechnet werden. Für die Mithilfe bei der Durchführung der öffentlichen Versicherung erhalten die Berufsvereine ein Drittel der eigenen Aufwendungen vom Reich zu erstattet. Der Vortragende schilderte dann, wie im einzelnen der Plan durchzuführen ist, wobei als Voraussetzung gilt eine lückenlose einheitliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens, auf die aller Wahrscheinlichkeit nach in aller nächster Zeit zu rechnen ist. Zum Schluß wies der Redner auf die Schwierigkeiten hin, die der Ausführung der gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung anlässlich der dringenden Friedensbedingungen entgegensteht. Indessen müsse, wenn überhaupt auf sozialpolitischen Gebiete noch irgend etwas geleistet werden könne, die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung für das ganze Reichsgebiet eine der ersten Aufgaben sein. Der Referent empfahl eine Entschädigung, die in folgender Fassung angenommen wurde:

Der von den Deutschen Gewerkschaften stets vertretenen Grundgedanke, daß als Träger der Arbeits-

losenversicherung in erster Linie die Berufsvereine der Arbeitnehmer in Betracht kommen, hat sich als durchaus richtig erwiesen. Die von den Organisationen geschaffenen Unterstühtungseinrichtungen haben sich ausgezeichnet bewährt und müssen deshalb auch für die Zukunft aufrecht erhalten und ausgebaut werden.

Andererseits hat eben die Erfahrung gelehrt, daß die Selbsthilfe nicht ausreicht, alle von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer gegen ihre Folgen zu schützen und damit öffentliche Notstände zu verhüten, da weite Kreise der Arbeiter von den Einrichtungen der Berufsvereine keinen Gebrauch gemacht haben. Deshalb hat der 20. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung für dringend geboten. Ihre Durchführung ist Sache des Reiches. Die Mittel sind durch Beiträge der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie durch Zuschüsse des Reiches zu beschaffen.

Zur Verwirklichung der Meinen und Vereinfachung der Verwaltung und der beschleunigten Durchführung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer bei der Durchführung müßten zu machen, wofür diesen Organisationsvereine ein Teil der eigenen Aufwendungen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung erstattet wird. Die Berufsorganisationen der Gewerkschaften müssen ebenfalls gesetzlich sichergestellt sein, insofern ein Vorkaufsrecht der von ihnen gezahlten Unterstühtungen anzuschließen ist.

Der Arbeitsnachweis als Kontrollinstanz ist einzuhalten und es muß auch die Möglichkeit zu einer öffentlichen Verwaltung unter staatlicher Verwaltung sichergestellt werden.

Die Rätefrage behandelte hierauf in ausführlichen Darstellungen Kollege Erleien, der die Arbeiterfrage als eine Frucht der Revolution bezeichnete, die sich unter allen Umständen zu erhalten nicht. Der Gedanke wird gefördert, daß die Sozialpolitik der Arbeiter auf Verwirklichung des Sozialismus entrichtet werden und daß auch die Leistungen der Nation herabzusetzen nicht befriedigen. Deshalb wird nach einer anderen Lösung gesucht, die Befreiung schaffen kann. Der Rätegedanke stammt aus England, wo sein Entstehen eine Erklärung hat. Das Land der Arbeiter in ungeschicklicher Weise darzulegen. Er behauptete sich jedoch mit den verschiedenen Räte, insofern die in Vorhand gebracht worden sind, um dann selbst einen Plan für den Aufbau des Reiches zu geben. Die Räte sollen durch die Arbeiter haben, die Produktion in den Betrieben und Gewerken zu fördern, das Recht der sozialen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auszuüben und die gemeinwirtschaftliche Organisation des Wirtschaftslebens zu fördern. Politische Funktionen werden abgelehnt, da an die Stelle der Arbeiter nicht eine neue Klassenherrschaft gesetzt werden soll. Zur Lösung ihrer Aufgaben müssen die Räte betriebslich, sachlich und befristet organisiert werden. Der Betriebsrat ist die Zusammenfassung der in einem Betriebe bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen und zur gemeinsamen Vertretung über die Förderung der Güterherstellung. Die allgemeinen sachlichen Aufgaben der Räte werden erledigt von den durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gebildeten Arbeitsgemeinschaften und Kadgruppen. Sie können, gemäß Vereinbarung im Tarifvertrag, Aufgaben der sozialen Selbstbestimmung übernehmen.

Die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Räte werden erledigt durch Arbeitsräte für den engeren Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden und durch Arbeitskammern für betriebliche Wirtschaftsbereiche oder Provinzen. Die Arbeitsgemeinschaften einerseits, die Arbeitskammern andererseits erhalten eine Spitze im Reichswirtschaftsrat. Alle diese Organe sind mit Ausnahme der Betriebsräte paritätisch.

Den Arbeitskammern sind die Lohnräte zur periodischen Bestimmung der Löhne, die Arbeitslosenversicherung und die Gewerbeaufsicht anzuschließen. Den Arbeitsräten werden die Arbeitsgerichte, die Schlichtungsausschüsse, die örtliche Gewerbeaufsicht und Gewerbeaufsicht, die Arbeitsvermittlung sowie die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung übergeben. Beide üben bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten die Vermittlung aus und erhalten schiedsrichterliche Beauftragung.

An das Referat schloß sich eine sehr rege und interessante Aussprache, die zur Annahme folgender Entschlüsse führte:

Das Referat soll als wichtiges Mittel in dem Streben der Arbeitnehmer nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gelten und den Berufsvereinen neue Möglichkeiten und Wege zu fruchtbringender Arbeit bieten.

Zu den Aufgaben der Räte sollen gehören:
1. Förderung der Produktion in den Betrieben und Gewerken.

2. Ausübung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben.
3. Ausübung des Rechts der sozialen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.
4. Förderung der gemeinwirtschaftlichen Organisationen des Wirtschaftslebens.

Der Verbandstag lehnt politische Funktionen der Räte ab, weil nicht an die Stelle der alten Klassenherrschaft eine neue gesetzt werden darf.

Die Räte sind nach dem Vorbildnismodell zu wählen, betriebslich, sachlich und befristet zu gliedern und mit Ausnahme der Betriebsräte paritätisch einzurichten. Die Bildung befrieder, nur aus Arbeitnehmern bestehender Räte wird abgelehnt, weil durch sie keine praktische Arbeit geleistet werden kann und Anlaß zu ihrem Streit mit den Berufsvereinen gegeben wird.

G. Hartmann. A. Erleien.

Der 20. Verbandstag der Gewerkschaften begrüßt die Forderung des Rätegedankens in der Beschlusseingabe an den Reichstag. Er erklärt sich gegen die Einzelheiten über den Aufbau der Räte, fest schon in der Beschlusseingabe festgelegt werden. Ueber wichtige Teile der Forderungen und Aufgaben der Räte besteht noch feinerer Klarheit. Die Vorläufe des Rätegesetzes sind ungenügend durchdacht und unklar. Die weitere Aussprache wird durch eine Klärung erbringen. Außerdem erbringt es sich vorzeitig eine Form festzulegen, die sich nach als ein laudables Ergebnis einer gründlichen Erwägung des Rätegedankens entgegenstellen wird. Wir erziehen das Volk der Räte und Bekämpfung dieser Forderung auf Einzelheiten abzuheben.

G. Hartmann. A. Erleien.

Durch Nacht zum Licht!

Das deutsche Volk durchlebt zur Zeit seine schwerste Lebensstunde. Die endgültige Entscheidung über die Friedensbedingungen steht unmittelbar vor. Bei aller Ungewißheit steht schon jetzt das eine fest, daß selbst im Falle der Niederlage unter ein hartes Schicksal darft, eine Zukunft überlebt an Arbeit und an Entschlossenheit. Auch darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß die arbeitenden Schichten der Verbesserung am schwersten getroffen werden. Nicht allein, daß die uns auferlegten finanziellen Verpflichtungen den minderbemittelten Massen am schmerzhaften werden, auch die Schwächung und Räumung unserer Industrie wird von der Arbeiterklasse am schwersten empfunden werden. Das alte Auswandererrecht wird wieder einleiten, denn man glaube doch nicht, daß man dem intelligenten deutschen Arbeiter die Welt verschließen wird. Man wird ihn schon aufnehmen und sich nutzbar machen, aber sicherlich unter Bedingungen, die ihm sein altes Glückes Los anteil werden lassen.

Was aus unserer sozialen Gesellschaft werden wird, vermag noch kein Mensch mit Sicherheit auch nur anzudeuten. An nennenswerten Fortschritten wird kaum zu denken sein, wennstens soweit damit finanzielle Belastungen vermindert sind. Aber noch erster ist die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, das Bestehende zu erhalten. Die Grundlagen der sozialen Versicherung sind schon jetzt erschüttert. Die an sie gestellten Anforderungen werden sich unter den Nachwirkungen des Krieges noch vermehren. Die Sorge eines Zusammenbruchs läßt sich unter diesen Umständen nicht als unbegründet abtun. Was das für die deutsche Arbeiterklasse bedeuten würde, läßt sich jetzt noch nicht überblicken.

Überaus trübe liegt also die Zukunft vor uns. Dürfen wir deshalb aber verzagen? Nun, das deutsche Volk hat sich schon öfter in verzweifelter Lage befunden und hat sich wieder emporgerichtet. So wird es auch in dieser Not nicht fatalistisch die Hände in den Schoß legen und dumpf und verzagt sein Schicksal hinnehmen, sondern es wird sich rühren und regen, bis es den Platz an der Sonne wieder erreicht hat, der ihm zukommt. Und nicht um weniges wird die Arbeiterklasse gegen die sich der feindliche Stoß in erster Linie richtet, unter Aufwendung der ihr zu Gebote stehenden Latkraft, Intelligenz und Leistungsfähigkeit, alles daran setzen, sich menschenwürdige Lebensbedingungen zu erwerben. Das wird ihr umso leichter gelingen, je eher Arbeit und Beionnenheit wieder die Oberhand gewinnen, je mehr die auf die Stimmung des Volkes wirkenden Folgen des Krieges abgemildert werden.

Die mächtigste Hilfe, den stärksten Rückhalt in diesen Bestrebungen wird den Arbeitern ihre Organisation bieten. Man braucht nur daran zu denken, was in den Räten des Weltkrieges die Organisationen geleistet haben, daß sie nicht zum geringsten Teil dazu beigetragen haben, die Kraft und Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes zu erhalten. Wenn liegt auch für die kommende Zeit die Aufgabe ob, darauf zu achten, daß die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen, daß trotz aller Schwere des auf uns lastenden Schicksals das Dasein der Arbeiter menschenwürdig und

Lebenswert ist. Wie sie zu diesem Zweck ihre Tätigkeit gestalten, das werden die gegebenen Verhältnisse selbst lehren. Doch aber auf diese Tätigkeit nicht verzichtet werden kann, ist schon heute für jeden Denkenden völlig klar. Obenoben kann ein Zweifel darüber bestehen, daß diese Tätigkeit sich umso fruchtbringender gestalten wird, je stärker die Organisationen sind. Darum muß es das Streben jedes weitbildenden Arbeiters sein, nach seinen besten Kräften die Organisation durch Zuführung immer neuer Mitglieder zu fördern. Und weiter! Wollen wir als Gewerkschafter in der Gestaltung der Dinge einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge haben, dann müssen wir insbesondere auf die Werbung unserer Anhänger bedacht sein. Gewiß haben wir da einen schwereren Stand als die Konfessionsorganisationen, die in der Parteipresse eine starke Unterstützung haben. Auch der rüchtholte, oft geradezu brutale Terrorismus der Gewerkschafter ist von der Werbung. Wer aber durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß der von den Deutschen Gewerkschaftern der Arbeiter angelegte Weg der richtige ist, der wird sich auch durch die geschäftlichen Forderungen von seinem Standpunkte nicht abbringen lassen, sondern unheimlich alles daran setzen, unsere Reihen zu vermehren. Der Verbandstag wird für den Kampf neue Waffen liefern. Seine Beschlüsse, mit denen wir uns in der nächsten Nummer eingehender werden beschäftigen können, werden uns die Werbung erleichtern. Es kommt nur darauf an, daß der richtige Gebrauch davon gemacht wird. Das Geld, das es noch zu bearbeiten ist, ist weit genug. Wohl ist es notwendig, in das große Meer der Industrie eine breite Brücke zu legen. Aber viele Millionen haben trotzdem der Organisation noch gleichgültig gegenüber, die wir zu uns herüberziehen können und müssen. Ramentlich unter den Frauen muß der Organisationsgedanke mehr geweckt werden. Wohl sind viele von denen, die im Kriege der Erwerbsarbeit nachgehen mußten, wieder zu ihrer häuslichen Tätigkeit zurückgekehrt. Vielen aber war dies nicht veröhnt. Zahlreiche Frauen, die ihren Mann im Felde verloren haben oder die wegen seiner geschwächten Gesundheit selbst die Familie ernähren müssen, sind auch weiterhin darauf angewiesen, in die Fabrik zu gehen. Sie vor allem gilt es der Organisation zuzuföhren in ihrem eigenen und der übrigen Arbeiterklasse Interesse. Und dann die zahlreichen Frauen der letzten Monate den Anblick, die in den Organisationen noch nicht gefunden haben. Für den, der etwas für seinen Gewerkschaft tun will, bietet sich also Gelegenheit dazu in Fülle und Fülle; er muß sie nur benutzen. Und wenn man sich vergewissert, worauf es ankommt, daß die Organisation mit dem wirksamsten Mittel ist, die Not und das Elend, die uns zu erlösen drohen, zu mildern, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als unabhingig auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein. Jetzt kommt es mehr denn je auf die Mitarbeit jedes einzelnen und auf die Zusammenarbeit aller an. Wollen wir den dunklen Völkern, der unsere Zukunft verhilft, etwas Lichtes, so müssen wir alle an unserem Blase dazu mit beitragen. Auf Regen folgt Sonnenschein, auf diese trübe Zeit eine sonnigere, und zwar um so schneller, je energischer wir selbst dazu die Hand ansetzen. Tun wir das durch unermüdliche und achtsame Arbeit für die Organisation, für unsere bewährten Gewerkschaften, und den Lohn dafür werden wir sicher sehr bald fühlen!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 13. Juni 1919.

Die letzte Zentralratssitzung vor dem Verbandstage, die am Freitag, den 30. Mai, stattfand, nahm zunächst einen Bericht des Kollegen Reusch über die sich mehrenden Terroristenschüsse entgegen, die leider jetzt unter der neuen „Freiheit“ in recht bedenklicher Weise überhand nehmen. Der untern Gesamtverband angehörende Straßenbahnverband in Leipzig ist der Auflösung verfallen, weil die zum Transportarbeiterverband gebörenden Straßenbahner in Leipzig sich weigerten mit untern Verbandskollegen Dienst zu tun. Der gewalttätigen Uebermacht gegenüber konnten unsere Verbandskollegen leider nicht Stand halten. Eine Beschwerde gegen diese Mißachtung der Koalitionsfreiheit, die an das Reichsarbeitsministerium gerichtet war, ist von den Verbesserern der Welt in Leipzig zum Gegenstand geschäftiger Angriffe gegen unsere Organisation gemacht worden. Neuester Berichtete weiter auch über den Vergewaltigungsverlauf des Gemeindegewerkschaftsverbandes in Schöneberg gegen untern dortigen Ortsverein der Gemein-

arbeiter und die seitens der Verbandsleitung hiergegen unternommenen Schritte. Es wurde dabei mit Nachdruck betont, daß man uns in Ruhe läßt, wie unsere Kollegen mit dem nötigen Nachdruck derartigen Vergewaltigungsbestrebungen entgegen treten. Mit Mitleid ist dabei nicht getan, die Gewerkschafter müssen an den einzelnen Orten ihr Anrecht auf Koalitionsfreiheit in energischer Weise geltend machen.

Der Zentralrat nahm dann Stellung zu einem Vorschlag des gewerkschaftlichen Ausschusses, wonach empfohlen wurde, dem Verbandstag vorzulegen, daß der bisherige Verbandsvorsitzende Hartmann wieder gewählt werden möge, eine deshalb selbstverständlich dem Verbandstag vorzulegen zu wollen. Hartmann sei nicht nur als langjähriger Gewerkschaftsführer zu dem Amt geeignet, sondern auch deshalb, weil er jetzt in seiner Eigenschaft als Mitglied der Nationalparlamentarier und als sozialpolitischer Beirat im Reichspräsidenten für Handel und Gewerbe die notwendigen Verbindungen im Interesse der Arbeiterklasse besitzt. Da es aber nur ehrenamtlich für den Verband sein könne und dem Verband keine Arbeitskraft im Büro verloren gehe, ist die Annahme eines neuen Vorschlags im vorgeschriebenen Anblick notwendig. Der Zentralrat erteilte seine Zustimmung, daß die Vorschläge dem Verbandstag unterbreitet werden sollen.

Sterner machte der Verbandsparlamentarier Hartmann Mitteilungen über die bisherige Tätigkeit der nationalpolitischen Ausschüsse und über seinen Aufnahmearbeit. Er ist dabei von besonderem Wert, daß die Arbeiterklasse jetzt an der Arbeit ist, ein gemeinsames Gewerkschaftsrecht zu schaffen. In die im Vorbereitung dieser Angelegenheit der Reichsregierung einsetzende Kommission ist aus dem Reihen der Gewerkschafter der Kollege G. F. E. zu berufen worden. Die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichsarbeitsrechtes ist von den Deutschen Gewerkschaften auf Verbandstagen und Delegiertenversammlungen immer wieder betont worden, so daß sich die Gewerkschafter als Träger dieses Gedankens betrachten können und an der Schaffung dieses Rechtes teilnehmen müssen. Die Bearbeitung des ganzen Materials wird aber geraume Zeit erfordern und eine volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen. Der geschäftsführende Ausschuss der freiwillig-nationalen Ausschüsse hat diese Angelegenheit eingehend beraten und den Vorschlag des Kollegen Sterner antwortete, daß zur Sammlung des Materials und Bearbeitung des hierzu notwendigen Materials eine besondere Kommission bis zur Entscheidung dieser Arbeit angeheft werden solle. Die Kosten hierfür sollen von allen Organisationen, die dem freiwillig-nationalen Ausschuss angehören, gemeinsam aufgebracht werden, so daß also auch die Gewerkschaften den auf sie entfallenden Anteil zu tragen hätten. Die Ausdrücke hierüber erdete mit dem einstimmigen Beschluß, daß die Gewerkschaften der einzelnen Gewerkschaften erstattet werden, hierzu Stellung zu nehmen und die auf sie entfallenden Kosten, nach der Mitbestimmung berechnet, zu übernehmen. Das Ergebnis dieser Beratungen soll dem geschäftsführenden Ausschuss bis zum 15. Juni mitgeteilt werden.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband hielt vom 29. bis 31. Mai in Eisenberg seinen Vertretertag ab, verbunden mit dem 25jährigen Gründungsfest. Als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften und des sozialistischen freiwillig-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände war Kollege E. F. E. anwesend.

Die von 167 Vertretern besuchte Tagung nahm einen ausgezeichneten Verlauf und hat dem Verband ein großes Stück gefördert. Keller erstattete den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl hat danach 100 000 überschritten. Das Vermögen übersteigt eine Million Mark. Die Beiträge, die vor der Revolution 25 Bfa. pro Monat waren, wurden auf 50 Bfa. pro Woche erhöht. Dafür wird neben anderen Bezügen eine Streife, sowie eine Krankenunterstützung gewährt. Für höhere Unterstühtungen werden Beidenbeiträge bis zu einer Mark erhoben. Zum Räteamt wurde Stellung genommen und beschlossen, für Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium einen Zentralrat zu bilden. Der bisherige Verbandsvorsitzende Keller erklärte seinen Rücktritt von der Leitung, da er wieder in seinen Beruf zurückkehren will. Eine prächtige Blumenparade wurde ihm unter dem Ausdruck allseitigen Dankes überreicht. Die Wahl als Ehrenvorsitzender lehnte er als ungewerkschaftlich ab. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Staruppe. Köln, zum zweiten Vorsitzenden Hoffmann. Berlin, der gleichzeitig Beineordneteter im Eisenbahnministerium ist.

Zeichen der Zeit. In der „Verarbeiterzt.“ haben kürzlich etwa 70 Vorstandsmitglieder, Betriebsleiter und Lokalangestellte des alten Bergarbeiterverbandes eine Erklärung veröffentlicht, daß sie der Generalversammlung ihre Konten zur Verfügung stellen. Die Begründung dieses Schrittes ist aus folgendem zu ersehen:

Wir können die Verantwortung nicht übernehmen für die wirtschaftliche Not und das ungewisse Verbleiben, das durch die Streiks über die Arbeitermengen Deutschlands und die Bergarbeiterfamilien heraufbeschworen wird.

Die Streiks wurden über die Köpfe der verantwortlichen Leiter des Verbandes hinweg und gegen unseren Rat in Szene gesetzt und durchgeführt, von denen die untern Kameraden nicht verantwortlich sind. Unter Zustimmung des einen und positiver Zustimmung eines anderen größeren Teiles untern Mitglieder wurden die Angelegenheit und Funktionen des Verbandes aus den Verantwortungsbereichen ferngehalten, nichtgelesen, beiseite und bedroht, während unverantwortliche Schlagschläger in der unvollständigen Weise an der Zerrüttung des Verbandes arbeiteten, um die politischen Zwecke zu erreichen, die zur wirtschaftlichen und politischen Anarchie führen und den Boden vorbereiten für die Wiederherstellung im Inneren der Reichsregierung der deutschen Republik im Spatsommer nur ihren Bundesgenossen und Wegbereitern best.

Unsere Mitglieder haben sich zum großen Teil über die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaften in Montenegro nicht gewogen, die die Einheit der schrittweise Einheitsgewerkschaft der Schmelzindustrie im Ruhrgebiet beschließen um das deutsche Volk nicht vor Hunger werden zu lassen. Durch die Streiks wurde die Zahl der Arbeiter in ganz Deutschland verdoppelt, die Industrie zum Stillstand, der Hunger vergrößert, die Lebensunterstützung vermindert, der wirtschaftliche, finanzielle und politische Zusammenbruch der deutschen Republik im greifbaren Maße geteilt und die gewerkschaftliche Disziplin vernichtet.

Die Verantwortung dafür können wir ab. Unser Gewissen, unsere Ehre, unsere in Etern und Ewigkeit untern Kameraden untern, untern Liebe zu untern Kameraden wenigstens, untern Kameraden von dem Wege, den wir jetzt beschreiten, abzuweichen können. Wir sind für jede herabwürdigung dankbar, wir sind in jeder Arbeit, in jeder Arbeit bereit, wenn es gilt, dem Wohle untern Kameraden zu dienen. Wir sind aber keine Arbeiter, keine Arbeiter, die den Weltlauf mit jedem Individuum untern umfassenden Schere aufschneiden, um Beifall zu erlangen und am Boden zu stehen. Wir haben wir unsern trübsamen Arbeit untern, als daß wir vor untern Gewissen erschrecken und uns auf einen Abweg drängen lassen, den untern Mitglieder und die deutschen Arbeiter dadurch zum Abgrund führen würde. Wir stellen unsere Konten und Stellungen der Generalversammlung zur Verfügung, der es freisteht, an der alten bewährten gewerkschaftlichen Grundlage des Verbandes festzuhalten oder neue Wege einzuschlagen.

Das sind die Folgen des Ueberradikalismus, in den sich die großen Massen durch die jedes Verantwortungsbewußtes baren Schreier und Deger haben hineinziehen lassen. Wir verstehen den Schritt der Führer des Verarbeiterverbandes, glauben aber, daß bis zur Generalversammlung die Verantwortung wenigstens soweit wieder die Herrschaft gewonnen hat, daß der Schritt rückwärts gemacht werden kann.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April war nach den dem Statistischen Reichsanwalt zugegangenen Berichten wegen des anbauern Rohstoff- und Kohlenmangels, der Verkehrshindernissen, der Streiks und hohen Löhne und der geringen Abnahmefähigkeit untern verändert schlecht. In normalen Zeiten macht sich im März und April in der Regel eine Belebung des Arbeitsmarktes bemerkbar. In diesem Jahre kann von einer solchen jedoch nur vereinzelt für einige wenige Betriebszweige und Erzfachen die Rede sein. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist, nach den Angaben des Arbeitsmarktanzeigers, am Ende April auf 829 758 gegen 914 959 am 19. April und 1 063 864 Ende März zurückgegangen; das ist aber hauptsächlich auf Abwanderung von Erwerbslosen aus der Industrie auf das platte Land und auf strengere Handhabung der Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen; aus der Verminderung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen kann somit auf eine nennenswerte Besserung des Arbeitsmarktes nicht geschlossen werden.

Die gesamte Industrie des Inlandes sowie die Hafenbetriebe und Reedereien wurden von den Folgen des verhängnisvollen Bergarbeiterstreiks im Rheinland und in Westfalen auf das empfindlichste getroffen; ebenso machte sich der Rohstoffmangel in immer stärkerem Maße bemerkbar. Die Hauptindustriezweige zeigen daher die gleiche unangünstige Lage wie im Vormonate; ein recht unerfreuliches Bild läßt neben dem Bau-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und auch der Metallindustrie besonders das Spinnstoffgewerbe erkennen. Ist die Lage

in der Metallindustrie durch den Angestelltenstreik noch wesentlich verhärtet worden, so zeigen doch das Baugewerbe und auch das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe verhältnismäßig eine leichte Besserung. Die Tätigkeit im Baugewerbe erstreckt sich allerdings im wesentlichen auf Umbauten für Wohnungszwecke.

Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. Mai 1919 im Vergleich zum Anfang April insgesamt 261.537 oder 3,9 v. H. mehr Mitglieder in Versicherung. An der Steigerung der Anzahl der Mitglieder ist das männliche Geschlecht mit 203.315 oder 5,0 v. H. und das weibliche mit 61.222 oder 2,3 v. H. beteiligt.

Nach Feststellungen von 32 Gewerverbänden, die für 305.521 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenrate Ende April 166.836 oder 5,5 v. H. Im März war von 37 Gewerverbänden über eine Arbeitslosenrate von 3,9 v. H. berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist also nach diesen Feststellungen sogar gesunken.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, insbesondere beim männlichen Geschlecht nicht wesentlich abgenommen hat. Der Mangel ist bei den Männern stärker hervorgetreten als bei den Frauen. Im April kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 155 Arbeitsuchende, beim weiblichen Geschlecht 149 (gegen 168 bzw. 159 im Vormonat).

Die Berichte der Zentralauskunftstellen der Arbeitsnachweise zeigen, daß die Vermittlung von Arbeitskräften, die weiterhin dringend für den Wiederaufbau benötigt wurden, sich anfänglich etwas gebessert hatte, aber dann durch die sich immer wiederholenden Streiks und Unruhen sehr wesentlich erschwert wurde. Auch in der Landwirtschaft bestand nach wie vor lebhafter Mangel an Arbeitskräften. Mit der Hebung des Lebensstandes der Arbeiterfamilien, hauptsächlich aus den westlichen Industriegebieten, wurden weitere Erfolge erzielt; allerdings wurde die Unterbringung von Familien, die auf das Land zurückkehren wollten, durch die Wohnknappheit und den Baumaterialienmangel stellenweise fast unmöglich gemacht.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte weist im allgemeinen gegen den Vormonat kaum ein verändertes Bild auf. Die Abneigung der in der Industrie tätig gewesenen weiblichen Personen gegen die Annahme von landlichen und häuslichen Diensten besteht fort, wenn auch Vermittlungen in dieser Richtung stattfinden; der Mangel an Männen für die Landwirtschaft sowie an Haus- und Küchenpersonal für Privathaushaltungen ist noch außerordentlich groß.

Auf dem Arbeitsmarkt für Kaufmännische Angestellte ist weiterhin ein starkes Überangebot von Stellenuchenden festzustellen.

Der Achtundentag auf dem Marße. Für das Volkstivv- und Jugendeitungspersonal ist nach Beratungen zwischen Vertretern der Organisationen der Eisenbahnfahrbeamteten und des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten der achttündige Arbeitstag zur Einführung gelangt. Erfolgreichweise macht diese soziale Errungenschaft auch im Auslande ständige Fortschritte. In Frankreich hat der Senat das von der Kammer angenommene Gesetz über den Achtundentag genehmigt. Ebenso besteht in England die Absicht, dem Parlament schnellstens einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. In Italien ist für die Metallindustrie durch Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern ebenfalls der Achtundentag zur Tatsache geworden, die rund einer halben Million Arbeiter umgibt kommt. Soffentlich wird durch den Friedensvertrag allgemein der Achtundentag eingeführt.

Ämtlicher Teil. Bekanntmachung.

Am 23. August und folgende Tage hält der Gewerkeverein der Bäder, Konditoren und verw. Berufe seinen 11. ordentlichen Delegiertentag im Verbandsbause der Deutschen Gewerkevereine zu Berlin ab.

Am 23. August ist die Vorverammlung und Beratung der Delegierten, der 24. August und die folgenden Tage sind für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt.

Änträge zum Delegiertentag müssen spätestens am 1. August im Besitze des Hauptvor-

standes sein. Jeder Ortsverein bis zu 50 Mitgliedern schickt einen Delegierten, von 50-100 Mitgliedern zwei und darüber drei Delegierte.

Der Hauptvorstand.

J. K. F. Raving, R. 113, Schonenischestr. 41.

Einleitung

Über eingehende Beiträge für die Begräbnisliste des Verbandes für den Monat Mai 1919.

Strauer: Breslau Nr. 5171 Rf. 5,14. **Silbner:** Berlin IV 5,28. **Habrit:** und **Hanbarbeiter:** Berlin IV 2,17, Eberbach 15,34. **Gründung:** Nr. 2424 3,12. **Kaufleute:** Berlin Nr. 2967 3,22. **Berlin:** Nr. 5678 26,00. **Walter, Redierer:** Augsburg 2,96. **Salle:** 17,56. **Metallarbeiter:** Wilmsh 3,12. **Norden-Berlin:** 2,34. **Vergeltungsarbeiter:** Martin Nr. 485 1,82. **Auprecht:** Nr. 1822 0,78. **Summer:** Nr. 512 0,78. **Reichelt:** Nr. 864 3,12. **Schneider:** Breslau 1 2,25. **Danag:** 3,12. **Deidelberg:** 1,75. **Hainigsberg:** 5,46. **Puchholz:** Nr. 226 1,00. **Schalla:** Nr. 3410 0,78. **Schuhmacher u. Lederarbeiter:** Berlin-Rod 6,77. **Krafft:** a. O. Nr. 2215 4,08. **Neustolln:** 14,01. **Reis:** 1,86. **Neuge:** Nr. 1319 2,34. **Textilarbeiter:** Götting 11,98. **Reing:** 8,97. **Sagan:** 8,41. **Töpfer:** Raminndorf Nr. 5715 1,70. **Ortsverbände:** Erlangen 44,20. **Wagdeburg:** 3,77. **Kürnberg:** 26,25. **Summa:** **Mai:** 317,66.

Berlin, im Juni 1919.

Aus dem Verbands.

Töbels. Unsere letzte Ortsverbandsversammlung erzielte sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende, Kollege Niedel, auf den Ernst der Zeit hin, der besonders in den letzten Arbeitsbedingungen zum Ausdruck kommt, und ermahnte die Anwesenden, trotz allem Ruhe und Verzicht zu bewahren. Nur so kann dem Treiben unvernünftiger Elemente ein Ziel gesetzt werden, die der Regierung dauernd Schwierigkeiten bereiten und sie dadurch am nützlichsten der Arbeit hindern. Dann hielt Kollege Reimann-Gebmich einen Vortrag über Tarifverträge, Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse. Nach einer Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Kriege und in der ersten Kriegszeit schilderte der Redner das Entsetzen der Teuerungszunahme, die Hand in Hand gingen mit Millionenentzinnen der Unternehmer. Selbstverständlich mußten auch die Arbeiterlöhne steigen. Dies wurde im wesentlichen ohne Streiks, sondern lediglich im Wege der Vereinbarung erreicht, wobei die Arbeitgebergemeinschaften zum Dienste leisteten. Damit haben sich die von den Deutschen Gewerkevereinen seit 50 Jahren vertretenen Grundzüge Bahn gebrochen, und selbst die freien Gewerkschaften, voran der Deutsche Metallarbeiterverband, die früher beständigen Gegner der Tarifgemeinschaften, haben sich durch Abbruch von Kollektivabkommen auf unseren Boden gestellt. Bei diesem Vorgehen war die Arbeiterchaft in sich einig und konnte dementsprechend Fortschritte erringen. Umso widerwärtiger ist der Kampf, der jetzt unter den Arbeiterorganisationen entbrannt ist und vor den schändlichsten Mitteln des Terrors nicht zurückbeut. Geht man doch so weit, Arbeitkollegen hantlos zu machen, wenn sie sich nicht zum Übertritt in den freien Verband bewegen lassen. Redner führte dafür einige deutliche Beispiele an, an denen er als Vertreter im Schlichtungsausschuß zu Chemnitz

mitzumachen Gelegenheit hatte. Aber in den freien Gewerkschaften selbst ist man sich nicht mehr einig, wie die schließlichen Entlassungen von langjährigen Verbandsmitgliedern zu bewahren.

Am Ansluß daran gab der Vortragende Kenntnis von den Verhandlungen über die Kollektivverträge in der Chemnitzer Metallindustrie, bei denen auch der Reichs-Töbels mit im Streit kommt. Hierbei wird sich zeigen, ob die Arbeiterschaften den ihnen obliegenden Aufgaben gewachsen sind. Am Schlusse seiner Ausführungen und sehr interessanten Ausführungen forderte Redner die Reklamellen auf, treu und energisch für die Sache der Gewerkevereine einzutreten, trotz der beständigen Anfeindungen, die wir zur Zeit erleben müssen, über die wir aber hinwegkommen werden, wenn jeder auf seinem Posten ausbleibt. Bester Beifall lobte den Kollegen Reimann. Am Ansluß daran gab der Vorsitzende noch Kenntnis von den Anträgen zum Verbandskongreß, wobei er sein Bedauern aussprach, daß es nicht gelungen ist, einen Vertreter aus Gießen zum Verbandskongreß zu entsenden.

Schweibitz. In der am 24. Mai abgehaltenen Ortsverbandsversammlung hielt Herr Kompanmann

Vieh einen Vortrag über die Errichtung einer Reichsbildungsschule in Schwelm. In leicht verständlicher Weise erläuterte der Herr Vortragende die Ziele des Unternehmens, welche dazu führen sollen, auch dem Unbermittelten Gelegenheit zu geben, sich aktiv auszubilden, damit auch aus diesen Kreisen jeder ein Mitglied an solche Stellen gestellt werden kann, die sonst nur einer bevorzugten Gruppe vorbehalten waren. Der Preis der Überfahrt müsse so niedrig sein, daß es jedem Unbermittelten ermöglicht sei, an den Kursleistungen teilzunehmen.

Kollege Schödl-Waldenburg begrüßte das Unternehmen mit Freuden, sei es doch die Verwirklichung einer Gewerkevereinsidee, auch der arbeitenden Masse zu ermöglichen, sich aktiv auszubilden.

In seinem weiteren Vortrag über „Reklamemache Fragen der Organisation“ behandelte der Redner die Aufgaben der Gewerkevereine von ihrer Gründung an und ihre Stellungnahme und Ziele nach der Revolution. Er hob besonders hervor, daß es eine ungelobte Bestrebung sei, wenn die Arbeiterchaft sich vertritt; gerade in der jetzigen Zeit müssen die Arbeiter fest zusammenstehen und jede kleine Meinungsverschiedenheit zurückstellen. Besonders sei es bemerklich, wenn sich Arbeitervereine bekämpfen, wie das hier in Schwelm bei einer Firma in letzter Zeit bekannterweise vorgekommen sei. Wo alte Mitglieder zum Austritt aus einem und zum Übertritt in den andern Verein bewegen wurden. Dies schade der ganzen Sache mehr, als von der einen Seite haben gesogen würde.

Weiter Beifall wurde den beiden Rednern erteilt und mit Recht dankte der Vorsitzende, Kollege Reimann, ihnen noch besonders für ihre vorzüglichen Ausführungen.

Änderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Frankenburg (Crischerstr.) Robert Käsg, Schriftföhler, Amienstr. 16b, pt. **Leipzig (Crischerstr.)** H. Gröneberg, Bes. föhler, Fürststr. 3. **A. Kleson,** Schriftföhler und Kassierer, Allee nach Sanktquai 2. **Katibier (Crischerstr.)** F. Sander, Korbföhler. **III. Kanal 8.** F. Freiß, Schriftföhler, Cirog. **Randenerstr. 35.** F. Freiß, Kassierer, Langestr. 21.

Anzeigen-Teil.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% **Schatzanweisungen** können vom 4. Juni ab,

für die 5% **Schuldverschreibungen** vom 23. Juni d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, **Behrenstraße 22**, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich. Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechtlich oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, **Behrenstraße 22**, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Gavenstein.

a. Grimm.